

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Wolfgang Gehrcke,  
Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/10842 –**

**Keine Rüstungsexporte als Instrument der Außenpolitik – Exportverbot jetzt durchsetzen**

### **A. Problem**

Verzicht auf Rüstungsexporte als Mittel der Außenpolitik, Versagung der Erteilung weiterer Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter, Ablehnung der Ausfuhr von Rüstungsgütern aus Bundeswehrbeständen, Unterstützung eines Konversionsprogramms für die exportorientierte Rüstungsindustrie, Initiative für einen EU-weiten Rüstungsexportstopp.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

### **C. Alternativen**

Keine.

### **D. Kosten**

Keine.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/10842 abzulehnen.

Berlin, den 27. Februar 2013

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Ernst Hinsken**  
Vorsitzender

**Klaus Barthel**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Klaus Barthel

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/10842** wurde in der 219. Sitzung des Deutschen Bundestages am 31. Januar 2013 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie dem Auswärtigen Ausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach dem Willen der Antrag stellenden Fraktion DIE LINKE soll die Bundesregierung aufgefordert werden, Rüstungsexporte nicht mehr als Mittel der Außenpolitik zu benutzen und keine Genehmigungen für deren Export mehr zu erteilen sowie auf den Export von Überschussbeständen der Bundeswehr zu verzichten. Außerdem treten die Antragsteller dafür ein, ein Konversionsprogramm für die exportorientierte Rüstungsindustrie anzustoßen und die dafür benötigten Mittel bereitzustellen. Ferner soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass auch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihre Rüstungsexporte einstellen.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE steigern Rüstungsexporte die Gefahr der Militarisierung einer Gesellschaft mit negativen Folgen für das Land selbst, die Nachbarstaaten und die Staatenwelt als Ganzes. Außerdem beeinflussten sie die Bedrohungswahrnehmung dritter Staaten und unterminierten die Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik. Insofern seien Rüstungsexporte nicht nur ethisch verwerflich, sondern auch ein sehr kurzsichtiges Mittel der Außenpolitik, das sich sehr schnell ins Gegenteil verkehren könne.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 17/10842 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/10842 in seiner 78. Sitzung am 27. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/10842 in seiner 134. Sitzung am 27. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/10842 in seiner 79. Sitzung am 27. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/10842 in seiner 74. Sitzung am 27. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/10842 in seiner 83. Sitzung am 27. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE dessen Ablehnung.

### IV. Petitionen

Dem Ausschuss lag eine Petition zur Drucksache 17/10842 vor, zu der der Petitionsausschuss eine Stellungnahme nach § 109 Absatz 1 Satz 2 GO-BT angefordert hat.

Der Petent fordert, den Export von Rüstungsgütern grundsätzlich zu verbieten.

Dem Anliegen des Petenten wurde mit der Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10842 nicht entsprochen.

### V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 17/10842 in seiner 94. Sitzung am 27. Februar 2013 abschließend beraten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und FDP** hoben hervor, dass es sich bei der Frage des Rüstungsexportes nicht um ein rein wirtschaftspolitisches Thema handle. Hier sei ganz wesentlich die Außen- und Sicherheitspolitik betroffen. Es gehe auch heute nicht mehr allein und in erste Linie um Aspekte militärischer Sicherheit, wie etwa bei der Lieferung von Panzern und Flugzeugen. Zu verweisen sei beispielhaft auf das Problem der Drogenwege, die sich militärstabsmäßig entwickelten. Hier liege eine große sicherheitspolitische und soziale Herausforderung für Europa. Keines der Länder, die auf diesen Routen lägen, seien in der Lage allein ihre Grenzen oder die Seewege zu kontrollieren. Daher sei eine Diskussion unerlässlich, wie man in Zukunft mit solchen Partnern umgehen sollte, welche Hilfen adäquat seien und wie diese Länder ausgestattet werden müssten, um dort ihren Beitrag zur internationalen Sicherheit zu leisten. Der Deutsche Bundestag müsse in Zukunft regelmäßig die Frage diskutieren, in welchen Regionen es welche deutschen Interessen für eine Verbesserung der Sicherheitslage gebe, und welche politischen Maßnahmen, Entwicklungsmaßnahmen, Ausbildungsmaßnahmen und Ausstattung mit Rüstungsgütern dies erfordere.

Die **Fraktion der SPD** stellte klar, dass sie Rüstungsexporte unter den gegebenen Bedingungen nicht grundsätz-

lich ablehne, da das u. a. bedeuten würde, dass zukünftig Deutschland nicht einmal Verbündete als Hauptabnehmer (v. a. NATO und EU-Mitgliedstaaten) beliefern dürfte. Die Folge wäre, dass eine rein inländische Verwendung mit großen Volumina bzw. extremen Stückkosten zulasten des Bundeshaushalts ginge oder/und eine eigene Rüstungsproduktion unwirtschaftlich wäre, mit der Konsequenz, dass der Bedarf der Bundeswehr, NATO und EU anderswoher beschafft werden müsste, Deutschland also ausschließlich auf Importe angewiesen wäre. Die jetzt bestehenden Patente und Firmen könnten in einem rein inländischen Markt für Rüstungsgüter, also ohne Exporte, nicht gehalten werden. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE müsste also logischerweise den Austritt aus der NATO und die Abschaffung der Bundeswehr beinhalten, was er aber nicht tue. Er sei also kein geeigneter Beitrag, Rüstungsexporte wirksam zu begrenzen, sondern liefere denen, die Rüstungsexporte beliebig ausweiten wollen, billige Argumente.

Die **Fraktion DIE LINKE**. kritisierte, dass der Rüstungsexportbericht zwar die Bedeutung der Menschenrechte hervorhebe, andererseits aber den Export von Rüstungsgütern zugestehe, wenn außen- und sicherheitspolitische Interessen Deutschlands berührt würden. Es stelle sich die Frage, wie die Bundesregierung etwa bei Staaten wie Saudi-Arabien die Einhaltung der Menschenrechte gewährleisten und sicherstellen wolle, dass deutsche Rüstungsgüter nicht eingesetzt würden, um Oppositionelle niederzuknüppeln oder den Terrorismus zu unterstützen. Es zeige sich, dass unter dieser Bundesregierung die Kriterien zunehmend aufgeweicht würden und ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen zunehmend der Vorrang vor dem Schutz der Menschenrechte eingeräumt werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, sie könne dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. trotz einiger Übereinstimmungen in den Kernaussagen nicht zustimmen. Es könne nicht darum gehen, zu einer Welt zu kommen, in der Rüstungsexporte generell und prinzipiell unmöglich seien. Als Nachfrager von Rüstungsgütern müssten Lösungen anderer Marktanbieter, die durchaus vernünftig seien, auch in Zukunft verfügbar sein.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10842 zu empfehlen.

Berlin, den 27. Februar 2013

**Klaus Barthel**  
Berichterstatter